

BASISBRIEF

MITGLIEDERINFO FÜR BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN BAYERN

- BEZIRKSKONGRESS
NIEDERBAYERN
- KEINE 3. STARTBAHN!
- DAS ALLGÄU IN BRÜSSEL
- RECHTSEXTREME GEWALT
VOLLSTÄNDIG AUFKLÄREN
- KEIN EINSATZ
VON SCREENSHOT-TROJANERN



Foto: bubu mara/photocase.com

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,



seit einigen Tagen wissen wir, dass Rechtsextreme jahrelang mordend durch das Land gezogen sind. Doch damit nicht genug:

die Sicherheitsbehörden konnten oder wollten nicht sehen, was vor sich geht, obwohl die rechte Szene vor V-Leuten nur so wimmelt. Eine befriedigende Erklärung für dieses Versagen fehlt bislang. Festzuhalten bleibt aber, dass gerade der bayerische Verfassungsschutz sehr viel Energie auf die Beobachtung antifaschistischer Gruppen verwendet hat. Das hat er mit politischer Rückendeckung durch die Innenminister Beckstein und Herrmann getan. Es stehen jede Menge Fragen im Raum, die dringend geklärt werden müssen.

Ich wünsche uns allen trotzdem ein friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für 2012.

Theresa Schopper, Landesvorsitzende

2011 – DAS JAHR DES WANDELS

Dieses Jahr hatte es politisch in sich. Super-Gau in Fukushima, (erneuter) Atomausstieg in Deutschland, Finanzkrise, der arabische Frühling – eine solche Dichte an grundlegenden Veränderungen und bewegenden Ereignissen gab es selten.

Die Regierungen – auch die Bundesregierung und die bayerische Staatsregierung – wurden von den Entwicklungen getrieben. Sie reagierten mehr als sie agierten, manchmal, weil es nicht anders ging, manchmal aber auch, weil sie an überkommenen Positionen festgehalten haben, obwohl es keine Argumente dafür gab. Die Energiepolitik ist so ein Beispiel. Oder die immer noch anhaltenden Versuche, Großprojekte wie die dritte Startbahn und Stuttgart 21 über die Köpfe der BürgerInnen hinweg durchzuziehen.

Immer mehr BürgerInnen wollen mitreden, sie erwarten anspruchsvolle und glaubwürdige Debatten und ehrliche Antworten. Ob sie in der Mehrheit gewillt sind, auch die unbequemen zu ertragen, muss sich zeigen.

Für uns Grüne war 2011 ein Jahr der überragenden Wahlergebnisse, das uns als Höhe-

punkt den ersten grünen Ministerpräsidenten gebracht hat. Ich bin mir sicher, dass nicht nur wir sehr aufmerksam verfolgen, wie Grün-Rot in Baden-Württemberg agiert, unserem Nachbarland, das viele Ähnlichkeiten mit Bayern aufweist.

Die CSU wird das genauso tun. Aber mit ganz anderen Gefühlen: Denn die Zeiten, in denen sich die Partei auf bequeme Mehrheiten im Landtag verlassen konnte, sind vorbei. Die CSU ist verunsichert, ihr fehlt ein klarer Kurs

und der bisherige Koalitionspartner FDP wird sehr wahrscheinlich in zwei Jahren aus dem Landtag fliegen. Was dann kommt, ist heute völlig offen.

Eine Mehrheit aus Grünen, SPD und Freien Wählern (falls diese endlich sagen, was sie wollen) ist möglich. Sicher ist sie noch lange nicht. Denn in zwei Jahren kann ziemlich viel passieren, wie wir gelernt haben.

Dieter Janecek, Landesvorsitzender

GLAUBWÜRDIGE DEBATTEN, EHRliche ANTWORTEN

→ AKTUELLE INFOS AUF:

WWW.GRUENE-BAYERN.DE

BEZIRKSKONGRESS DER NIEDERBAYERISCHEN GRÜNEN

Der vierte Bezirkskongress der niederbayerischen Grünen beschäftigt sich in diesem Jahr in Passau mit dem Thema Mobilität.

Klaus Mairhöfer, der Projektleiter von „E-Wald“ stellte das Modell Elektromobilität im Bayerischen Wald vor. E-Wald will eine Kooperation mit Tschechien und Österreich eingehen und sucht Partner für den Tourismus – wie zum Beispiel die Ilztalbahn, die dieses Jahr ihren regulären Betrieb aufgenommen hat.

Dr. Matthias Wiegner vom Fahrgastverband Pro Bahn beklagte die verfehlte Bahnpolitik

der vergangenen Jahre, die die Infrastruktur vernachlässigt habe.

Für einen grenzüberschreitenden Bahnverkehr sprach sich Jaroslav Neuzil aus, der für die tschechischen Grünen an der Konferenz teilnahm.

Aber auch ganz lokal werden gerade Weichen für ein Verkehrsprojekt gestellt. Boris Burkert stellte für die Passauer Grünen das Projekt „Car-Sharing in Passau“ vor.

Als Schlussredner sprach MdB Toni Hofreiter. Statt immer neue Straßen zu bauen, müsse die Erhaltung Vorrang haben.

Alle Verkehrsträger muss man zusammen betrachten, stellte Bezirksvorsitzende Rosi Steinberger in ihrem Schlusswort dar. Es stehe aber für die Grünen fest, dass die Mobilität der Zukunft ökologischer und bürgerfreundlicher werden müsse.

NÄHERES UNTER: WWW.GRUENE-NIEDERBAYERN.DE



Liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst mal von meiner Seite ein großes Dankeschön für das große Vertrauen bei der Wahl zum neuen Landesschatzmeister – mir ist bewusst, dass ich als Nachfolger von Benedikt in große Fußstapfen trete. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit im Landesvorstand und Parteirat, mit dem Finanzausschuss und vor allem mit den vielen ehrenamtlichen Finanzverantwortlichen vor Ort.

Eine der ersten Aufgaben, denen ich mich widmen werde, ist die Arbeit an einem neuen, mehrheitsfähigen Konzept für eine Stärkung unserer Bezirksverbände, denen meiner Auffassung nach in einer an Mitgliedern deutlich gewachsenen Partei eine wichtigere Rolle zukommen muss. Und natürlich werde ich mit großer Freude dabei mithelfen, dass wir die CSU 2013 nach dann 56 Jahren in Bayern endlich in die Opposition schicken.

Sascha Müller



CIAO CHRISTINE!

Nach 25 Jahren als Abgeordnete – erst im bayerischen Landtag, dann im Bundestag – beginnt für Christine Scheel eine neue Etappe. Sie wechselt Anfang 2012 in den Vorstand des Energieversorgers HSE/Entega, einer Firma, die sich schon lange für Strom ohne Atom und den Ausbau der erneuerbaren Energien engagiert.

Christine hat über die Jahre durch ihre Kompetenz in finanzpolitischen Fragen mitgeholfen, so manches (ungerechtfertigte) Vorurteil über uns Grüne abzubauen und klargemacht, dass Nachhaltigkeit auch ein Thema für die öffentlichen Haushalte ist.

Die bayerischen Grünen wünschen Christine alles Gute für ihre neue Position.

Nachrückerin ist Beate Walter-Rosenheimer aus Germering im Kreis Fürstenfeldbruck. Auch ihr viel Erfolg!

BÜRGERBEGEHREN GEGEN DIE 3. STARTBAHN

Ende Oktober wurde in München ein Bürgerbegehren gegen die geplante 3. Startbahn auf dem Münchner Flughafen gestartet. So soll dieses überflüssige, umwelt- und klimaschädliche Projekt gestoppt werden.

Die Stadt München ist Anteilseignerin der Flughafen-Gesellschaft. Der Bau einer 3. Startbahn geht nur mit ihrer Zustimmung. Deshalb wäre mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid der Bau tatsächlich verhindert. Von uns Grünen initiiert, unterstützen mittlerweile 14 Parteien und Organisationen das Bürgerbegehren. Im ersten Schritt müssen jetzt 34.000 Unterschriften gesammelt werden, damit es zum Bürgerentscheid kommt. Der Zuspruch ist gut, so dass es bis zum Jahresanfang 2012 klappen sollte, die nötigen Unterschriften zu bekommen.

➔ WEITERE INFOS GIBT ES AUF DER WEBSITE
WWW.KEINSTARTBAHN.DE

CHRISTLICH UND GRÜN – PASST DAS ZUSAMMEN?

Dies kann man mit ja und nein beantworten.

Ja, denn christliche Grundanliegen stimmen oft mit Zielen grüner Politik überein: Schöpfungsglaube, die christliche Soziallehre, und die Bergpredigt finden wir in den vier Säulen der Grünen wieder: ökologisch – sozial – gewaltfrei – basisdemokratisch.

Ja, denn es gibt bei uns viele, die sich als Christen aktiv in die Politik einmischen wollen.

Aber die Antwort heißt auch nein: wir Grüne verstehen uns nicht als eine genuin „christliche“ Partei, sondern als eine Partei, die auch Menschen beherbergt, die ihr politisches Handeln aus christlicher Verantwortung speisen. Und sie heißt nein, weil es bei uns viele gibt,



die sich von der Kirche oder Glauben distanzieren haben.

Aktuell arbeiten wir an Lebensstilfragen sowie an medizin-ethischen Themen wie Sterbehilfe und Organspende. Wenn ihr mitdiskutieren wollt: Wir treffen uns etwa fünfmal im Jahr an verschiedenen Orten Bayerns zu einer ganz-tägigen Sitzung. Unsere aktuellen

Kontaktadressen sowie Arbeitspapiere und Einladungen zu Sitzungen findet ihr auf der LAK-Seite im Internet. Unsere nächsten Termine sind am 11.02. in München und am 24./25.03. in Plankstetten.

➔ **AKTUELLE INFOS AUS ALLEN LANDESARBEITSKREISEN GIBT ES IN IHREM BLOG:**
[HTTP://LAK.GRUENE-BAYERN.DE](http://lak.gruene-bayern.de)

NEUES VORSTANDSTEAM GEWÄHLT

Der Landesarbeitskreis Migration, Flucht und Menschenrechte hat am 8. Oktober ein neues Vorstandsteam und neue BAG-Delegierte gewählt. Der Sprecher Cemal Bozoglu (Augsburg) wurde in seinem Amt bestätigt, als

Sprecherin wurde Ayfer Fuchs (Schweinfurt) gewählt. Als Zuständige für Finanzen wurde Susanne Thoma (Augsburg) gewählt und als BeisitzerInnen Anke Dörsam (München) und Rafiq Iqbal (Marktbreit/Kitzingen).

BAG-Delegierte sind nun Anke Dörsam (München) und Celal Turhan (Nürnberg).

Ayfer Fuchs: „Wir werden mit unserer vollen Kraft darauf hinarbeiten, dass Integrationspolitik eine größere Gewichtung in unserer Landespolitik bekommt.“ Cemal Bozoglu: „Wir werden uns stark dafür einsetzen, das begonnene Mentoringprojekt weiter voranzutreiben, mit dem Ziel, es erfolgreich umzusetzen, damit MigrantInnen ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit in Bayern werden.“



Susanne Thoma, Cemal Bozoglu, Ayfer Fuchs, Rafiq Iqbal und Anke Dörsam (v.l.n.r.)

GREENTUNES FESTIVAL

Am 9. September fand in Berlin das erste Greentunes Festival statt, unterstützt vom grünen Bundesvorstand, peta 2, dem VEBU, der Albert-Schweitzer-Stiftung, dem Bund gegen Missbrauch der Tiere und „Vier Pfoten“. Das Festivalprogramm umfasste Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Kochshows und Theaterstücke rund um die Themen Tierschutz und reduzierter Fleischkonsum.



Organisiert wurde das Festival von Gert Lowack vom KV Bayreuth–Stadt und Bruno Kramm vom KV Kulmbach, die damit erreichen wollen, dass die Grünen bei dem Thema Tierschutz wieder mehr Profil gewinnen und zeigen wollen, dass man auch mit „infotainment“ Politik machen kann. Es geht um einen ethisch vertretbaren Umgang mit den Tieren, aber auch um die Folgen der exzessiven Massentierhaltung für die Umwelt und die volkswirtschaftlichen und externalisierten Kosten einer falschen Ernährung.

Greentunes soll auf Tournee gehen und demnächst auch nach München kommen. Daneben wird das Konzept jedem interessierten KV angeboten: kontakt@greentunes.de Angeschoben von den Reaktionen auf das Greentunes und von Wolfgang Leitner vom AK Tierschutz München soll nun auch wieder ein bayerischer (Unter-)LAK Tierschutz gegründet werden. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat: tierschutz-bayern@gmx.de

➔ **MEHR UNTER: WWW.GREENTUNES.DE**

G20-GIPFEL IN CANNES

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise stand im Mittelpunkt des Gipfels – die Ergebnisse sind enttäuschend: Regulierung? Fehlanzeige! Der billionenschwere Handel mit Derivaten läuft ungebremst weiter. Dafür setzten sich die Staats- und Regierungschefs jedoch andere ehrgeizige Ziele: Die Globalisierung soll sozialer werden. Auch wichtige Akteure der bayerischen Wirtschaft verpflichteten sich auf dem G20-Gipfel zu mehr sozialer Verantwortung. Beim Wirtschaftsgipfel (B20) waren z.B. die Allianz und Siemens dabei. Gemeinsam mit Vertretern des Gewerkschaftsgipfels (L20) forderten sie mehr soziale Rechte weltweit. Doch Papier ist geduldig – in Regierungs- wie in Unternehmenszentralen. Darum habe ich eine Initiative gestartet, um gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft gerechteres globales Wirtschaften zu erreichen. Auch die Bundesregierung lasse ich nicht aus der Verantwortung. Eine detaillierte Anfrage zur Umsetzung der Beschlüsse von Cannes habe ich bereits eingebracht.

Uwe Kekeritz, MdB

➔ MEHR UNTER: [HTTP://TINYURL.COM/KEKERITZ-G20](http://tinyurl.com/kekeritz-g20)

BIOMASSENUTZUNG

Im Mittelpunkt der Biomasse-Strategie der grünen Bundestagsfraktion steht die Lebensmittelproduktion. Die Ernährungssicherung hat für uns absoluten Vorrang. Technische Nutzungen sollten der Kaskadennutzung folgen, erst stofflich und dann die energetische Nutzung. Jeglicher Pflanzenanbau muss strengen ökologischen Standards folgen. Richtig gemacht, bieten gerade auch die Bioenergien große Chancen für Biodiversität sowie zur Bekämpfung von Hunger und Armut. Mancherorts dienen sie der Wüstenbekämpfung oder der Wiederbegrünung von degradiertem Land. Weltweit gibt es eine Reihe von Vorzeigeprojekten, wie z.B. der Jatropha-Anbau in der ägyptischen Wüste, aber auch der Palmölanbau auf nachhaltigen Plantagen z.B. auf Carey Island in Malaysia. Aufgabe grüner Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass diese Vorzeigeprojekte zur Regel werden und nicht die heute leider vorherrschenden Urwaldabholzungen oder Maismonokulturen.

Hans-Josef Fell, MdB

➔ MEHR UNTER: [WWW.HANS-JOSEF-FELL.DE](http://www.hans-josef-fell.de) ODER [HTTP://GRUENLINK.DE/4PR](http://gruenlink.de/4pr)

GRUNDVERSORGUNG MIT BREITBAND GARANTIEREN

Derzeit haben bundesweit immer noch neun Millionen Haushalte entweder gar keinen oder nur einen unzureichenden Zugang zum Internet. Wer keinen oder nur einen sehr langsamen Zugang hat, ist schnell abgehängt. Das gilt sowohl für den Einzelnen als auch für ganze Regionen, die als Wohn- und Gewerbegebiete an Attraktivität verlieren.



CC BY-NC-SA z.o: flickr.com/gynti_46

Um die „digitale Spaltung“ zu überwinden, wollen wir jetzt die Grundlagen schaffen: Breitband für alle – nicht nur in den dichtbesiedelten Gegenden, sondern auch im ländlichen Raum. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Menschen deutschlandweit zunächst einen Anspruch auf schnelles Internet mit 6 Mbit/s haben.

Klar ist: Immer neue Anwendungen und damit mehr Datenumsatz erfordern immer leistungsfähigere Netze. Damit wir diese Entwicklung nicht aus den Augen verlieren, setzen wir parallel auf zwei Ziele: Grundversorgung sichern und Anreize für einen schnellen Ausbau der Netze.

Der zügige Breitbandausbau gehört nicht nur zu den zentralen Aufgaben der Standortversicherung, der Wettbewerbsfähigkeit sowie des Wirtschaftswachstums, sondern ist auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen.

Ekin Deligöz, MdB

➔ MEHR UNTER: [HTTP://WWW.EKIN-DELI-GOEZ.DE/AKTUELLES/AKTUELLESDETAIL/ARTICLE/BREITBAND_FUER_ALLE/](http://www.ekin-deligoz.de/aktuelles/aktuellesdetail/article/breitband_fuer_alle/)

AUS BRÜSSEL

DAS ALLGÄU IN BRÜSSEL

„Leben und arbeiten im Allgäu, Herausforderungen an die europäische Politik“ – rund 40 Allgäuer UnternehmerInnen, PolitikerInnen und Verbandsmitglieder kamen unter diesem Motto auf meine Einladung hin vom 17. bis 19. Oktober nach Brüssel. Ich wollte meiner Heimatregion mit dieser Reise die Möglichkeit bieten, sich in der europäischen Hauptstadt vorzustellen, Kontakte zu knüpfen sowie die EU-Entscheidungskanäle besser zu verstehen. Auf dem Programm stand die Eröffnung einer Ausstellung, die sich mit ländlicher Innovation, regionaler Energiesicherheit und alternativem Tourismus im Allgäu beschäftigte. Am nächsten Tag diskutierten meine Gäste diese Themen in der bayerischen Landesver-

treterung mit hochrangigen EU-Mitarbeitern sowie grünen Europaabgeordneten. Auch mit dem Leiter der Generaldirektion Regionalpolitik Dirk Ahner konnten die BesucherInnen sprechen.

Eines wurde auf dieser Reise einmal mehr deutlich: Das Allgäu kann sich mit seinen innovativen UnternehmerInnen, kompetenten ExpertInnen und einer stets wachsenden Zahl grüner PolitikerInnen durchaus sehen lassen – auch in der Hauptstadt Europas!

Barbara Lochbihler, MdEP

➔ MEHR INFORMATIONEN UND EINEN VIDEOBEITRAG ÜBER DEN BESUCH UNTER: [WWW.BARBARA-LOCHBIHLER.DE](http://www.barbara-lochbihler.de)



„SAYONARA NUKES“

Unterschriftenaktion unterstützen!

Am 11. März 2011 kam es beim Super-Gau im Kernkraftwerk Fukushima zur Kernschmelze in mehreren Reaktorblöcken. Viel zu zögerlich und vor allem nicht offen werden – nach Auffassung vieler Japaner vor Ort – die Folgen der Katastrophe ermittelt. Der Grad der Belastung von Menschen und Umwelt durch radioaktive Strahlung, ist bei weitem noch nicht aufgeklärt – einzelne Messergebnisse lassen jedoch Schlimmes befürchten.

Seit dem Unglück wächst in Japan die Anti-AKW-Bewegung. Bei einer ersten Großdemonstration in Tokio haben sich 60.000 JapanerInnen gegen Atomkraft und für den konsequenten Einstieg in die erneuerbaren Energien eingesetzt. Bereits im August hatten prominente KünstlerInnen in Japan eine Unterschriftenaktion für einen umfassenden Stopp der Kernenergie in Japan gestartet. Mit dieser Kampagne unter der Überschrift „Sayonara Nukes“ („Tschüss Kernkraft“) sollen weltweit 10 Millionen Unterschriften gesammelt und im Februar nächsten Jahres dem japanischen Premier übergeben werden. Damit soll die japanische Regierung aufgefordert werden, aus der Kernkraft auszusteigen und zukünftig auf erneuerbare Energiequellen zu bauen.

Ich habe zwei Jahre in Japan gelebt, nicht nur deshalb fühle ich mich verpflichtet, meine japanischen Freundinnen und Freunde zu unterstützen. Wir Grüne müssen aufpassen, dass bei dem Energiehunger der Weltbevölkerung der in Deutschland beschlossene Atomaustritt nicht alleine bleibt. Nach Harrisburg, nach Tschernobyl, nach Fukushima: Es darf eine weitere Havarie einfach nicht mehr geben! Und die einzige Möglichkeit ist, dass wir aus der Atomenergie endgültig und so schnell wie möglich aussteigen! Weltweit. Bitte helft mit! Ihr könnt diese Aktion unterstützen! Sammelt Unterschriften und schickt die vollen Listen an mein Landshuter Büro.

Thomas Gambke, MdB

➔ **HINTERGRUNDINFOS UND UNTERSCHRIFTENLISTE UNTER: WWW.T-GAMBKE.DE**

PFLEGE: MEHR SOLIDARITÄT WIRKT

Die schwarz-gelbe Koalition hat sich am 6. November auf ein mehr als peinliches Minimalst-Reförmchen der Sozialen Pflegeversicherung verständigt. Die Lösung aller zentralen Probleme, vor allem eine nachhaltige Finanzierung und die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, haben Union und FDP auf die nächste Wahlperiode verschoben. Ein Schlag ins Gesicht der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Pflegekräfte. Mehr zu unserer Analyse unter: <http://gruene-url.de/pflegeanalyse>.

Weil Schwarz-Gelb eindrücklich unter Beweis gestellt hat, dass sie es nicht können, ergreifen wir die Initiative. Mitte Oktober hat die grüne Bundestagsfraktion ein Gutachten mit Berechnungen für eine solidarische Pflege-



ge-Bürgerversicherung vorgelegt. Erstellt wurde das Gutachten vom renommierten Pflegeökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang, Zentrum für Sozialpolitik (ZES) der Universität Bremen. Die Ergebnisse sind beeindruckend und zeigen: Mehr Solidarität wirkt. Mit der Bürgerversicherung ist eine verbesserte pflegerische Versorgung bei moderater Beitragsentwicklung möglich. Die steigenden Pflegekosten würden damit sozial gerecht verteilt und solidarisch geschultert.

Elisabeth Scharfenberg MdB,
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik

➔ **MEHR ZUM GUTACHTEN UNTER: [HTTP://GRUENE-URL.DE/EINEFUERALLE](http://GRUENE-URL.DE/EINEFUERALLE)**

RECHTSEXTREME GEWALT VOLLSTÄNDIG AUFKLÄREN – AUCH IN BAYERN

Wir alle sind schockiert über das Ausmaß der menschenverachtenden Gewalt aus offenbar rechtsextremistischen Kreisen.

Die Existenz rechtsterroristischer Strukturen zeigt eine völlig neue Dimension rechtsextremistischer Bedrohung in der Bundesrepublik. Diese Bedrohung muss von Staat und Gesellschaft entschieden bekämpft werden, die möglichen Auswirkungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft sollten allen klar sein.

Es stellt sich unweigerlich auch die Frage, ob aus den Anschlägen von Solingen und Mölln bis Hoyerswerda und Rostock die richtigen Schlüsse gezogen wurden. Es ist unfassbar, dass in Deutschland offenbar über fast eine Dekade hinweg Morde aus rechtsextremem Motiv heraus geschehen konnten, ohne dass eine Spur zu den Tätern führte.

Fünf der neun Morde sind in Bayern geschehen. Auch die bayerischen Behörden müssen sich fragen lassen, wie es sein kann, dass die

Morde ohne jegliche Beweise als „Mafia-Morde“ eingestuft wurden und ein ausländerfeindlicher Hintergrund stets ausgeschlossen wurde.

Wir fordern eine rasche und transparente Aufklärung und eine grundlegende Untersuchung aller Ermittlungen – in Bayern und in anderen Bundesländern. Denn der damalige Innenminister Beckstein hat alles dafür getan, dass die Ermittlungen dezentral bei den Bundesländern bleiben und nicht zentral durch das Bundeskriminalamt untersucht werden.

Den vielen Initiativen gegen Rechts wurde durch immer neue Strukturveränderungen und wechselnde Programme die Arbeit erschwert. Dies muss, genauso wie die Verharmlosung der rechten Gewalt durch UnionspolitikerInnen, ein Ende haben.

Claudia Roth, MdB

➔ **MEHR UNTER: WWW.CLAUDIA-ROTH.DE**

25 JAHRE GRÜNE IM BAYERISCHEN LANDTAG – ANSPORN FÜR NOCH MEHR GRÜN IN BAYERN

Im Oktober 1986, also vor gut 25 Jahren, sind wir Grüne zum ersten Mal in den Bayerischen Landtag eingezogen. Seitdem arbeiten wir auch im Landtag daran, dass Bayern offener und demokratischer, umwelt- und klimagerechter wird, dass es endlich zu einer besseren Bildungspolitik kommt und an vielem mehr. Manches ist uns gelungen, aber ein dicker Berg an Aufgaben und Arbeit steht noch vor uns. Anlässlich unseres Jubiläums haben wir mit ganz vielen von Euch vor Ort, unserer Basis im Sinne von Wurzel, Heimat und Rückhalt und mit zahlreichen VertreterInnen von Verbänden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen Organisationen als unseren Verbündeten gefeiert.

Grüne Politik in Bayern ist wichtiger denn je. Der lange ersehnte Regierungswechsel ist, so zeigen es die Prognosen, durchaus realistisch. Allerdings müssen sowohl wir als auch die SPD unsere Wahlergebnisse von 1998 deutlich verbessern. Die Selbstthronisation Christian Udes hat den Genossen und Genossen neuen Lebensmut eingehaucht, für das Herbeiführen eines Wechsels unerlässlich. Alles andere als bei uns punkten kann der SPD-Kandidat jedoch mit seinen inhaltlichen Festlegungen auf milliardenteure, in unseren Augen größtenwahnsinnige Infrastrukturprojekte, allen voran die dritte Startbahn. Genau darin liegt für uns aber auch wiederum die Herausforderung und Chance, durch inhaltliche Arbeit zu überzeugen, uns darzustellen als die politische Fakultät, die eben nicht dem Wachstumswahn und der Tonnenideologie anhängt.

Die Verschuldungs- und Finanzmarktkrise als Aufforderung zum Umsteuern

Letzteres sollte uns Grünen auch gelingen im Kontext mit der aktuellen Krise im „Euro-Raum“, bei der es sich bekanntlich

mitnichten um eine Euro-Krise, sondern um eine Verschuldungs- und Finanzmarktkrise handelt. Bereits vor dem Finanzmarkt-Debakel 2008 und der folgenden weltweiten Wirtschaftskrise hatten sich die Krisenzeichen massiert. Der Klimawandel mit seinen drohenden dramatischen Auswirkungen, die zunehmende Ressourcenknappheit, die Welternährungsfrage, die schreiend ungerechte Verteilung vor allem zwischen Nord und Süd – all dies zeigt uns, dass wir nicht so weiter wirtschaften können wie bisher.

Wir haben es eben nicht (allein) mit Konjunkturkrisen zu tun, sondern mit einer Systemkrise, mit Systemversagen. Die Krisen nacheinander abarbeiten zu wollen, wäre der falsche Weg. Gerade wir Grüne mit unserem Bewusstsein von Knappheit und Endlichkeit und unserer Kritik am Wachstumswahn sind berufen, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und anzubieten. Als hierfür wesentliche Bausteine gilt es, die Finanzmärkte wieder zu regulieren und die Banken auf ihre eigentliche Aufgabe zurückzuführen, die Umverteilung von unten nach oben umzukehren und endlich den ökologisch-sozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft anzugehen.

Auch in Bayern gilt es, den Rechtsextremismus zu bekämpfen

Für Erschrecken und Betroffenheit sorgen die aktuellen Erkenntnisse zu der grauenvollen Mordserie aus den vergangenen Jahren an einer Reihe unserer Mitbürger, Kleingewerbetreibende meist türkischer Herkunft. Begangen wurden diese ebenso feigen wie brutalen Morde, wie sich jetzt herausstellt, von einer rechtsterroristischen Bande. Zugegeschrieben wurden sie jedoch von weiten Teilen der Politik, der Behörden und leider auch der Medien dem Milieu der organisierten Kriminalität, genannt wurden hier Dro-

genhandel, Glücksspielmafia und Schutzgelderpressung. Damit wurde den Opfern und ihren Familien ein weiteres Mal Unrecht getan.



Politikern der Union wie auch Vertretern der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden ist schon der Vorwurf zu machen, auf dem rechten Auge zumindest sehgeschwächt zu sein. Gerade Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung fielen doch immer wieder dadurch auf, dass sie ihre Feindbilder von linken Chaoten und später dann auch von Islamisten zelebrierten, der Bedrohung durch rechtsextremistische und rechtsterroristische Gruppen mit ihrer großen Gewaltbereitschaft jedoch viel zu wenig Augenmerk schenkten. Gerade auch in Bayern wurde immer wieder die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus behindert, gab es viel zu wenig Aufklärung über die menschenverachtende Ideologie der Neonazis, viel zu wenig Demokratievermittlung. Hier gilt es vor allem anzusetzen. Selbstverständlich muss auch dringend die Rolle der sogenannten Verfassungsschützer hinterfragt werden. Wir Grüne müssen und werden verhindern, dass es den Regierenden gelingt, mit der Debatte über ein NPD-Verbot von ihrem sonstigen Nichtstun abzulenken.

Martin Runge, MdL,
Fraktionsvorsitzender

EHEMALIGE HEIMKINDER SCHILDERN IHR LEID

In bewegenden Beiträgen haben zwei ehemalige Heimkinder im Oktober dem Sozialausschuss ihr Schicksal in bayerischen Kinderheimen in den 50er und 60er Jahren geschildert. Sie berichteten über brutale Gewalt, willkürliche Einweisungen, den Zwang zur Arbeit und die Verletzung der Schulpflicht. Die ehemaligen Heimkinder fordern in einer Petition, dass sich der Landtag in einer öffentlichen Anhörung mit ihren Erfahrungen auseinandersetzt. Außerdem soll ein runder Tisch den direkten Austausch der Betroffenen mit den zuständigen Ministerien, der Politik, den früheren Heimträgern und den Jugendämtern ermöglichen.

Auf Initiative der Grünen hatten sich im Juli alle Fraktionen des Landtags in einem gemeinsamen Antrag zu ihrer Verantwortung bekannt und erlittenes Unrecht und Leid bedauert. Die Bundesländer tragen eine

konkrete Verantwortung für die Geschehnisse, denn sie hatten mit den Landesjugendämtern die Rechtsaufsicht über die ehemaligen Erziehungsheime inne.

Auch Bayern wird sich mit 7,2 Millionen Euro an dem mit 120 Millionen Euro ausgestatteten Bundesfonds beteiligen, der ehemaligen Heimkindern dringend notwendige Hilfeleistungen und einen Ausgleich für entgangene Rentenversicherungsleistungen in Aussicht stellt. Der Freistaat Bayern wird außerdem für die betroffenen ehemaligen Heimkinder eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle beim Landesjugendamt einrichten.

Renate Ackermann, MdL,
sozialpolitische Sprecherin

➔ **NÄHERE INFORMATIONEN:** RENATE.ACKERMANN@GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE

VOM VERORDNEN ZUM ERMÖGLICHEN

– mit Öffnungsklauseln zu Gemeinschaftsschulen

Schulpolitik muss sich verändern. Stichwort Elternwahlverhalten: Eltern entscheiden sich mittlerweile in der Mehrzahl (knapp 40%) für das Gymnasium für ihr Kind. Das bedingt u.a. den Rückgang der SchülerInnenzahlen an Haupt-/Mittelschulen. Stichwort demografischer Wandel: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Bayern wird bis zum Jahr 2025 ein Minus von 17 Prozent an den Grundschulen, 29 Prozent an Hauptschulen, 15 Prozent an Realschulen und 21 Prozent an Gymnasien haben. Viele kleine Schulen auf dem Land bangen bereits heute um ihren Bestand. Wenn wir Grüne einerseits verlässliche Strukturen für die Eltern wollen und zudem mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Qualität im Lernen und Lehren, dann brauchen wir eine Öffnung der starren Vorgaben des bisherigen Schulsystems. Wir wollen, dass möglichst viele Kinder in den Genuss einer individuellen Förderung und des längeren gemeinsamen Lernens kommen. Wir sind überzeugt, dass

bessere Schule nicht von oben, sondern von unten auf der Grundlage eines Konsenses vor Ort entsteht. Deshalb müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, auf die Bedürfnisse von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen einzugehen sowie entsprechend der Gegebenheiten vor Ort handeln zu können. Um das starre Schulsystem zu überwinden, wollen wir per Gesetz neue Schulmodelle ermöglichen. Die Landespolitik initiiert und steuert den Prozess, sie schafft Qualitätsstandards, sie setzt Zielvorgaben und sorgt für eine adäquate Ressourcenausstattung. So sollen Schulen entstehen können, die ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot sichern und zugleich den steigenden pädagogischen Anforderungen Rechnung tragen können.

Thomas Gehring, MdL,
schulpolitischer Sprecher

➔ **MEHR INFOS:** WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► BILDUNG

VERBOTENE LIEBE: EIN LEBEN IN ANGST

Rund 140 TeilnehmerInnen folgten auf Einladung von Claudia Stamm gespannt den Lebensberichten von Erich Haas aus Siebenbürgen und Lillian Ikulumet aus Uganda. Beide leben heute in Deutschland. Beide wurden wegen ihrer Homosexualität verfolgt.

Der 92-jährige Erich Haas ist Opfer des sogenannten 175er gewesen, d.h. er bekam aufgrund seiner Liebe zu einem Mann einen Strafbefehl unter Paragraph 175 StGB, wurde kurzfristig festgesetzt und musste Strafe bezahlen. Sexuelle Handlungen zwischen Män-



Lillian Ikulumet, Claudia Stamm, Erich Haas (v l. n. r.)

nern waren in Deutschland noch bis 1994 strafbar. Erich Haas lebte 40 Jahre lang mit seinem Partner in einer Beziehung – bis dieser starb.

Die Lesbe Lillian Ikulumet musste aus Uganda fliehen, weil sie dort bedroht und überfallen wurde. Ihr Asyl-Antrag wurde positiv beschieden: In Uganda steht Homosexualität unter Strafe, die Einführung der Todesstrafe konnte nur auf Grund internationalen Drucks verhindert werden. Lillian Ikulumet hat seit ihrem Coming-Out in ihrer Jugend keinen Kontakt mehr zu ihren Eltern. Auch von Deutschland aus kämpft sie für die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von Homosexuellen in Uganda.

Der eine blickt zurück, die andere nach vorne. Fazit: Es bleibt noch viel zu tun.

Claudia Stamm, MdL,
gleichstellungspolitische Sprecherin

TEMELIN

– und die CSU schaut zu

Grüne aus Bayern, Tschechien und Österreich veranstalten ein in Tschechien viel beachtetes Hearing gegen das AKW, Oberösterreich klagt. Und was macht die bayerische CSU, außer einem netten Brief nach Prag? Nichts! Verlangen nach einem Anhörungstermin in Deutschland und auf eine europarechtskonforme Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die Regierungschef Necas offensichtlich nicht will? Fehlanzeige. Klageandrohung wie in Österreich? Fehlanzeige. Protest gegen den bodenlosen tschechischen Stresstest für AKWs? Fehlanzeige. Stattdessen lehnen CSU und FDP im Landtag geschlossen unseren Stopp-Temelin-Antrag ab!

Wir werden weiter unseren gemeinsamen Protest gegen Temelin verstärken. Kommt bitte zahlreich zur UVP-Anhörung, wo immer sie sein wird. Wir werden den Menschen in Tschechien erklären, dass Atomkraftwerke nicht nur unsicher, sondern auch unrentabel sind. Und wir werden den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern klar machen, dass die CSU in ihrer schwarzen Seele nach wie vor eine Pro-Atom-Partei ist, die 2013 in die Opposition gehört.

Eike Hallitzky,
MdL aus Niederbayern

→ WEITERE INFOS: WWW.EIKE-HALLITZKY.DE/ENERGIEWENDE.HTML

EU-AGRARREFORM:

Der Anfang ist gemacht – mehr nicht

Die Vorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider ein viel zu kleiner. So ist die geplante Kürzung bzw. Dckelung der Direktzahlungen ab einer Summe von 150.000 bzw. 300.000 Euro deutlich zu hoch angesetzt und bringt keine gerechtere Verteilung der Fördermittel. Diese könnte aus unserer Sicht vor allem dadurch erreicht werden, dass sich die Vergabe in starkem Maße an den Arbeitskräften orientiert. Auch die Greening-Maßnahmen bedürfen einer Nachbesserung. Insbesondere müssen sie so gestaltet werden, dass künftig Maismonokulturen in großem Stil verhindert werden. Das angekündigte Grünlandumbruchverbot ist zu begrüßen. Da es allerdings erst ab 2014 gilt, werden bis dahin noch viele Wiesen einem Maisfeld weichen müssen.

Damit der kleine Schritt zu einem großen Schritt in die Richtung einer echten Reform wird, die die Attribute gerecht und ökologisch verdient, ist noch viel Überzeugungsarbeit notwendig. Denn eines ist sicher: Die Agrarlobby will das zarte Pflänzchen erst gar nicht aufkommen lassen.

Adi Sprinkart, MdL,
agrarpolitischer Sprecher

→ WEITERE INFOS: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► AGRAR

VERBRAUCHERSCHUTZ

– Staatsregierung knickt ein

In zwei Anträgen haben wir gefordert, Bayern etwas freier von giftiger Chemie zu machen. Weichmacher sind trotz ihrer gesundheitsgefährdenden und leicht flüchtigen Eigenschaften immer noch in vielen Produkten enthalten, zum Beispiel in Bodenbelägen, Babyartikeln oder diversen Verpackungen.

Die Grünen haben deshalb die Staatsregierung dazu aufgefordert, VerbraucherInnen besser über Alternativen zu informieren. Außerdem haben wir uns gegen den kommunalen Einsatz des hochgiftigen Totalherbizids Glyphosat eingesetzt, das zum Beispiel im Breitbandherbizid „Round Up“ von Monsanto enthalten ist. Zahlreiche Untersuchungen belegen die Giftigkeit für Mensch und Umwelt, trotzdem wird es auch im kommunalen Gartenbau eingesetzt.

Schwarz-Gelb im Landtag hat wieder einmal die EU vorgeschoben und die Notwendigkeit eines europaweiten Verbots, um selbst aktiv werden zu können. Bürokratie, wie sie im Buche steht.

Echten Verbraucherschutz gibt es eben nur mit Grün!

Anne Franke, MdL,
Sprecherin für Verbraucherschutz

→ WEITERE INFOS: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► VERBRAUCHERSCHUTZ

EU: VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE SOLL VEREINFACHT WERDEN

Das EU-Parlament will die Regeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge neu formulieren und einfacher gestalten. Noch in diesem Jahr nimmt die EU-Kommission zu diesen Vorschlägen Stellung. Wir haben in einem Fachgespräch mit Heide Rühle, MdEP, Hep Monatszeder, 3. Bürgermeister von München, und Alexander Fonari vom Eine-Welt-Netz Bayern die neuen Vorschläge mit folgendem Ergebnis diskutiert: Nicht das billigste Angebot darf fortan den Zuschlag erhalten, sondern nur noch das wirtschaftlichste. In

Zukunft sollen Qualität, innovative Lösungen und LifeCycle-Kosten bei der Auswahl



Alexander Fonari, Christine Kamm, Heide Rühle (v l. n. r.)

berücksichtigt werden. Außerdem soll das Vergabe-Verfahren selbst einfacher und flexibler werden und die Möglichkeit zur elektronischen Auftragsvergabe bestehen. Zu hoffen ist, dass ebenfalls die vorgeschlagenen Regelungen zur interkommunalen Zusammenarbeit vor der Kommission bestehen.

Christine Kamm, MdL,
Sprecherin für Europaangelegenheiten

→ WEITERE INFOS: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► EUROPA

HAUSHALT

Staatsregierung beschließt Mogelpackung

Die Staatsregierung hat einen Riesen Dusel: Aufgaben wie Energiewende, Bildungsge- rechtigkeit und demografischer Wandel ste- hen an – und die Steuereinnahmen sprudeln. Doch was macht Schwarz-Gelb? Ausgaben werden teilweise erhöht und es wird hier und da ein bisschen herumgedoktert.

Angesagt ist stattdessen eine generelle Um- strukturierung, heißt Umschichtung im Haus- halt, um beispielsweise den Umwelt- und Kli- maschutz voranzubringen, die Energiewende in Gang zu setzen und für eine bessere Bil- dungspolitik zu sorgen. Das heißt: Keine neu- en Straßen, sondern mehr und besserer ÖPNV. Schulen mehr Eigenständigkeit geben, auch um die Folgen des demografischen Wandels tragen zu können, so können gleichzeitig Verwaltungsausgaben gesenkt werden. In den Kindergärten die Qualität verbessern und – wenn überhaupt – dann die Gebühren für das erste Kindergartenjahr senken, nicht für das dritte. Und die verdeckte Verschuldung abbauen, sei es beim Bau- und Straßenunter- halt oder bei den BeamInnenpensionen.

Claudia Stamm, MdL,
haushaltspolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ HAUSHALT

STROMSPEICHER

– zentrales Element der Energiewende

Unser Ziel 100 % Stromerzeugung aus er- neuerbaren Energien wird zum größten Teil durch Wind- und Sonnenenergie erreicht werden. Die Nutzung der Biomasse wird kei- ne zentrale Rolle bei der Stromversorgung spielen, denn sie ist nicht unbegrenzt ver- fügbar und ihre energetische Nutzung steht in Konkurrenz zu Nahrungsmittelproduktion und Biodiversität. Da Wind- und Sonnen- energie lokal nur zeitweise zur Verfügung stehen, aber eine durchgängige Stromversor- gung erwünscht ist, müssen dazu Lösungen entwickelt werden. Ein Teil der Lösung ist der Netzausbau, um Wind- oder Solarstrom aus anderen Gegenden Europas transportieren zu können. Dies wird jedoch nicht ausreichen: Stromspeicherkapazitäten sind daher nötig. Jenseits der mengenmäßigen Versorgungssi- cherheit ist die Erhaltung der Netzstabilität ein zweites Argument für den Ausbau von Stromspeichern. Dieser Bedarf an „Regelener- gie“ kommt heute meist aus fossilen Kraft- werken. Für unser Ziel von 100% Erneuerbar- en muss auch dieser ersetzt werden.

Ludwig Hartmann, MdL,
energiepolitischer Sprecher

➔ MEHR UNTER: [HTTP://GRUENE-URL.DE/STROMSPEICHER](http://GRUENE-URL.DE/STROMSPEICHER)

3. STARTBAHN

– Grüne kämpfen weiter

Die Grünen im Bayerischen Landtag lehnen die Pläne für eine dritte Start- und Lande- bahn entschieden ab. Es gibt keinen Bedarf: Im Jahr 2008 wurde das bisherige Maximum an Flugbewegungen mit 432.000 erreicht. Bis 2010 sank die Zahl um zehn Prozent auf 390.000. Nach den ersten 10 Monaten 2011 liegt das Aufkommen nur knapp über dem des Jahres 2006.



Ungeklärte Finanzierung: Die FMG gibt die Baukosten mit 1,2 Milliarden Euro an. Be- kanntlich wurden solche Schätzungen bei Großprojekten bislang nie eingehalten. Die Vorlage eines Finanzierungskonzeptes wurde bislang von der Staatsregierung verweigert. Weitere Belastung des Flughafenumlands ist nicht hinnehmbar: Die Menschen im Fluga- fenumland leiden bereits heute in enormem Umfang unter Lärm und Abgasen des Flug- hafens bzw. Zubringerverkehrs. Die geplante drastische Kapazitätserhöhung würde die Anzahl der Betroffenen dramatisch steigern und die Belastung über jedes erträgliche Maß hinaus steigern. So würden Teile Frei- sings bis zu 530 Mal täglich in einer Höhe von nur 50 m direkt überfliegen. Zehntaus- ende neubetroffene BürgerInnen würden unerträglichen Bedingungen ausgesetzt. Die 3. Piste würde mehr als 1.000 Hektar Vogel- schutzgebiet vernichten. Die verbrauchte Flä- che wäre größer als der Tegernsee. Darum: Engagiert euch gegen die 3. Startbahn. Paral- lel zum laufenden Bürgerbegehren in Mün- chen läuft bayernweit eine Massenpetition gegen die 3. Start- und Landebahn.

Christian Magerl, MdL aus Freising

➔ UNTERSCHRIFTSLISTEN UND ARGUHLIFEN
UNTER: WWW.CHRISTIAN-MAGERL.DE

GRIBKOWSKY UND DER SAUSTALL BAYERNLB

Ende Oktober begann der Prozess gegen den ehemaligen Vorstand Gribkowsky wegen Bestechlichkeit, Untreue und Steuerhinter- ziehung. Möglich wurde sein 66 Mio. Euro- Deal mit dem Formel 1-Zampano Ecclestone aber nur durch das fahrlässige Verhalten im Bankenvorstand und im CSU-Verwaltungsrat, durch deren Unkultur des Wegschauens. Und der Formel 1-Deal könnte noch teuer für die Bank werden, denn niemand schätzte damals ihren Wert. Ehemalige Miteigentümer an den Rechten klagen bereits auf Schadensersatz. Unsicher ist, wann endlich der Prozess ge- gen den damaligen Vorstandsvorsitzenden

Schmidt losgeht. Fürchten die Verantwort- lichen, dass dann Buße dafür ansteht, dass es auch im CSU-Verwaltungsrat drunter und drüber ging? Unsicher ist auch, wann die EU über die Zukunft der BayernLB entscheidet. Stattdessen ein Quartalsverlust und die Ab- stufung der BayernLB auf knapp über junk bonds. Finanzminister Fahrenschon macht derzeit die Fliege – schwarze Zukunft!

Eike Hallitzky, MdL, Mitglied der parlamentarischen BayernLB-Kommission

➔ MEHR UNTER: WWW.MILLIARDENGRAB-LANDESBANK.DE

„TALENTSCHMIEDE BERUFSSCHULE“

Dass berufliche Bildung ein Megathema ist, für das sich im Landtag nur die Grünen stark machen, zeigt die hohe Resonanz unserer Gesprächsreihe. Als Quintessenz daraus lässt sich bisher festhalten: Der demografische Wandel und der daraus resultierende Fachkräftemangel verlangen eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung. Auch die Übergangssysteme brauchen eine Überarbeitung, befinden sich dort doch zwischen 25.000 und 30.000 sog. „AltbewerberInnen“. Eine weitere Herausforderung ist es, die Qualität und die Zukunftsfähigkeit des bayerischen Ausbildungssystems weiterzuentwickeln. Dieser schwierigen Aufgabe wollen wir uns stellen und auf der Grundlage der Fachgespräche ein Konzept erarbeiten. Hierbei wollen wir auch die Rolle der beruflichen Schulen als Standortfaktor näher beleuchten. Das letzte Gespräch der Reihe findet Anfang 2012 statt.

Simone Tolle, MdL,
Sprecherin für berufliche Bildung

➔ MEHR INFOS: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ BILDUNG

NEONAZI-TERRORISMUS

Angesichts zahlreicher offener Fragen im Zusammenhang mit der erschütternden Neonazi-Mordserie drängen wir Grünen auf eine rasche und öffentliche Aufklärung. Es ist erschütternd, dass eine rechtsextreme Terrorgruppe so viele Jahre ungehindert eine Serie von Morden und Anschlägen in ganz Deutschland verüben konnte, ohne dass Regierung und Behörden einen möglichen rechtsextremen Hintergrund ernst genommen hätten. Besonders betroffen macht, dass man stattdessen die Opfer fahrlässig ins kriminelle Milieu verortet hatte. Die Gefahr von rechts ist nicht neu, sie wurde nur von Regierung und Behörden unterschätzt.

Sepp Dürr, MdL, Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus

➔ MEHR INFOS: WWW.SEPP-DUERR.DE ▶ RECHTSEXTREMISMUS

KEIN EINSATZ VON SCREENSHOT-TROJANERN

Wir haben die Staatsregierung mit einem Antrag im Plenum aufgefordert, den Einsatz von Trojanern, bei denen grafische Bildschirmhalte erfasst und kopiert werden, endgültig zu beenden. Bereits Anfang des Jahres hat das Landgericht Landshut die heimliche Fertigung von „Screenshots“ für rechtswidrig erklärt. Da hilft es auch nichts, sich hinter der laufenden Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten zu verstecken, vor allem, wenn dieser, wie unsere aktuellen Anfragen ergeben haben, nicht einmal den Quellcode der Software zur Verfügung hat. Die Bayerische Staatsregierung hatte die als verfassungswidrig kritisierte Überwachungssoftware nach Bekanntwerden des Skandals dem bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz zur unabhängigen Analyse zukommen lassen. Ohne



den Quellcode einer Software zu kennen, ist es jedoch kaum möglich zu entziffern, ob eine Software wirklich nur das kann, was sie auch können darf. In einem prominent besetzten Fachgespräch diskutierten wir den Einsatz der Trojaner mit dem Bayerischen Datenschutzbeauftragten, dem Präsidenten des Bayerischen LKA und einem Vertreter des Chaos Computer Club im Bayerischen Landtag.

Susanna Tausendfreund, MdL,
innenpolitische Sprecherin

➔ DOKUMENTATION FACHGESPRÄCH UNTER:
WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶
DATENSCHUTZ MEHR INFOS BEI: SUSANNA.TAUSENDFREUND@GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE

Foto: El Gaucho/Fotolia.com

WISSENSWERT

Am 7. Oktober entschied der Bay. Verfassungsgerichtshof, dass Kommunen das Aufstellen von Grabsteinen aus Kinderarbeit in ihrer Friedhofssatzung untersagen dürfen. Der jahrelange grüne Einsatz für Kinder- und Menschenrechte wurde bestätigt, CSU und FDP erneut höchstrichterlich belehrt. Vor allem die für das Thema in der Staatsregierung zuständige FDP hat sich in den Debatten um unsere Anträge absolut demaskiert, ihr ging Wirtschaft immer vor Kinderschutz. ➔ WEITERE INFOS: CHRISTINE.STAHL@GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE

Anfang Dezember ist eine Broschüre der grünen Landtagsfraktion zu „Handeln gegen Rechtsextremismus“ erschienen. Darin wird beschrieben, wie weit rechtsextreme Einstellungen in unserer Gesellschaft verbreitet sind, ein Überblick über neonazistische Umtriebe in Bayern gegeben und grüne zivilgesellschaftliche Gegenstrategien entworfen. Der praktische Teil enthält umfassende Informationen, Adressen von Initiativen, Anlaufstellen und Literaturhinweise. ➔ MEHR INFOS UND DOWNLOAD: WWW.SEPP-DUERR.DE

Einen Erfolg hat Simone Tolle verbucht: Nach mehreren Monaten harter Überzeugungsarbeit stimmen die Regierungsfractionen der Aufnahme eines MigrantInnenvertreters bzw. einer MigrantInnenvertreterin in den Landesbeirat für Erwachsenenbildung zu. Damit können die Belange von MigrantInnen beim lebenslangen Lernen stärker berücksichtigt werden. ➔ WEITERE INFOS: SIMONE.TOLLE@GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE

TERMINE

LANDESVERBAND

22.02.2012 | 10:00 - 12:00 Uhr

Politischer Aschermittwoch in Landshut
Ort: Landshut, Bernlocher Säle
Kontakt: landesverband@bayern.gruene.de

LANDTAGSFRAKTION

16.-18.01.2012

Fraktionsklausur in Günzburg

23.01.2012 | 13:00 - 16:00 Uhr

Fachgespräch „Inwieweit können durch Sozialkriterien MieterInneninteressen gesichert werden – was passiert mit den Wohnungen der Landesbank?“ im Bayerischen Landtag, mit Daniela Schneckenburger, MdL, Vorsitzende der Enquete-kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ und Christine Kamm, MdL, wohnungspolitische Sprecherin

06.03.2012

Fachgespräch „Güterverkehr auf der Schiene“ im Bayerischen Landtag, mit Thomas Mütze, MdL, verkehrspolitischer Sprecher

19.03.2012

Fachgespräch zur Werrabahn, Hildburghausen, mit Thüringer Landtagsgrünen und Thomas Mütze, MdL, verkehrspolitischer Sprecher

24.04.2012

Fachgespräch zum Fahrradverkehr im Bayerischen Landtag, mit Thomas Mütze, MdL, verkehrspolitischer Sprecher

LANDESARBEITSKREISE

21.01.2012 | 13:00 - 17:00 Uhr

Treffen LAK Migration
Ort: Nürnberg
Kontakt: : Cemal.Bozoglu@lak-migration.de

11.02.2012 | 11:00 – 16:00 Uhr

Treffen LAK ChristInnen
Ort: München, LGS, Sendlinger Str. 47
Kontakt: ingeborg.hubert@t-online.de

24./25.03.2012

Tagung LAK ChristInnen
Ort: Kloster Plankstetten
Kontakt: ingeborg.hubert@t-online.de

PETRA-KELLY-STIFTUNG

27./28.01.2012

Macht - Arabien - Demokratie?
Wandlungsprozesse in Syrien und Ägypten
Ort: München, Ludwig-Maximilians-Universität

03.03.2012 | 9:30 - 17:30 Uhr

Überzeugend argumentieren!
Redetraining für politisch Engagierte
Ort: München, Stadtbüro
Kosten: 60,-/40,- EUR (inkl. Tagungsverpflegung)

24.03.2012 | 10:00 - 17:30 Uhr

Grundlagenseminar: Politikmanagement für ehrenamtlich Engagierte
Ort: Würzburg, Kolping-Akademie
Kosten: 40,-/30,- EUR (inkl. Tagungsverpflegung)

21.04.2012 | 10:00 - 17:30 Uhr

Erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Journalistisches Schreiben
Ort: München, Stadtbüro
Kosten: 40,-/30,- EUR (inkl. Tagungsverpflegung)

➔ WEITERE INFOS UND ANMELDUNG:

[HTTP://WWW.PETRAKELLYSTIFTUNG.DE/
PROGRAMM/VERANSTALTUNGEN.HTML](http://www.petrakellystiftung.de/programm/veranstaltungen.html)
MAIL: [INFO@PETRA-KELLY-STIFTUNG.DE](mailto:info@petra-kelly-stiftung.de)

WEITERE TERMINE

13. - 15.01.2012

Klausur LAK Frauenpolitik
Villa Breitenberg, Breitenberg bei Passau
Kontakt: doris.wagner@online.de

11. - 13.05.2012

GRIBS-Kongress
mit Geburtstagsfeier 25 Jahre GRIBS am 12. Mai. Live-Musik von „Fei scho“ und Bio-Buffer.
Ort: Abensberg
Kontakt: post@gribs.net

AUTORINNEN

RENATE ACKERMANN, MDL

renate.ackermann@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 24 13

EKIN DELIGÖZ, MDB

ekin.deligoez@bundestag.de
Tel. 030/227 - 71 506

SEPP DÜRR, MDL

sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 27 33

HANS-JOSEF FELL, MDB

hans-josef.fell@wk.bundestag.de
Tel. 030/227 - 72 158

ANNE FRANKE, MDL

anne.franke@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 27 44

THOMAS GAMBKE, MDB

thomas.gambke@wk2.bundestag.de
Tel. 0871/276 332 32

THOMAS GEHRING, MDL

thomas.gehring@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 29 90

GREENTUNES

GERT LOWACK
info@lowack.de

GRÜNE NIEDERBAYERN

ROSI STEINBERGER
steinberger@toni-hofreiter.de

EIKE HALLITZKY, MDL

eike.hallitzky@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 25 42

LUDWIG HARTMANN, MDL

ludwig.hartmann@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 29 89

CHRISTINE KAMM, MDL

christine.kamm@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 28 74

UWE KEKERITZ, MDB

uwe.kekeritz.mao2@bundestag.de
Tel. 030/227-77 346

LAK CHRISTINNEN

KERSTIN TÄUBNER-BENICKE
kerstin.taeubner@elkb.de

LAK MIGRATION

CEMAL BOZOGLU
cemal.bozoglu@lak-migration.de

BARBARA LOCHBIHLER, MDEP

barbara.lochbihler@europarl.europa.eu
Tel. 0032/2 28 47392

CHRISTIAN MAGERL, MDL

christian.magerl@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 27 61

CLAUDIA ROTH, MDB

bueri.roth@gruene.de
Tel. 030/227 - 72 027

MARTIN RUNGE, MDL

martin.runge@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 27 53

ELISABETH SCHARFENBERG, MDB

elisabeth.scharfenberg@bundestag.de
Tel. 030/227 - 74 531

ADI SPRINKART, MDL

adi.sprinkart@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 23 59

CLAUDIA STAMM, MDL

claudia.stamm@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 28 66

SUSANNA TAUSENDFREUND, MDL

susanna.tausendfreund@gruene-fraktion-bayern.de, Tel. 089/41 26 - 27 74

SIMONE TOLLE, MDL

simone.tolle@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089/41 26 - 25 74

IMPRESSUM

Herausgeber

Bündnis 90 / Die Grünen
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24
landesverband@bayern.gruene.de
www.bayern.gruene.de

Bündnis 90 / Die Grünen
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München

Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion

Landesverband:
Daniela Wüst (verantwortl.), Alex Burger,
Theresa Schopper, Dieter Janecek
Landtagsfraktion:
Dr. Beate Kellermann (verantwortl.)
Margarete Bause, Martin Runge

Grafisches Konzept

elmaydesign –
Mediadesignbüro in München
Elisabeth Mayer
Untere Weidenstr. 27
81543 München
Tel. 089/52 35 06 12
contact@elmaydesign.com

Satz

Regine Rosenow-Mletzko
pantona@pantona.de

Druck

Oktoberdruck AG, Berlin
info@oktoberdruck.de

Auflage 7.500, gedruckt auf CyclusPrint